

Freihandel: Chance oder Gefahr für die Menschenrechte in den Philippinen?

Briefing Note | Februar 2026

Nach der schweren Menschenrechtskrise unter dem ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte wurden die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) mit der Europäischen Union (EU) im Jahr 2024 wieder aufgenommen. Sind die Philippinen bereit für den freien Handel mit der EU?

Die **philippinische Vorgängerregierung** unter Präsident Rodrigo Duterte (2016–2022) **hinterließ** eine katastrophale Menschenrechtsbilanz mit mehr als **27.000 unaufgeklärten außergerichtlichen Hinrichtungen**, weit verbreiteter Strafflosigkeit und einer **alarmierenden Situation der politischen Verfolgung** von Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV).

Diese Menschenrechtskrise war einer der Gründe, warum die Europäische Union (EU) 2017 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) auf Eis legte. Rodrigo Duterte steht derzeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Anklage. Dutertes Nachfolger, Präsident Ferdinand Marcos Jr., versprach, internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten und das Land für ausländische Investitionen zu öffnen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Nach mehr als drei Jahren im Amt hat **Marcos Jr.** es jedoch **immer noch nicht die repressive Politik seines Vorgängers beendet** und **entsprechende institutionelle und legislative Reformen einzuleiten**, um **Rechenschaftspflicht zu gewährleisten und MRV zu schützen**.

Trotz fehlender Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte hat die **EU beschlossen**, die **Freihandelsgespräche** mit den Philippinen im Jahr 2024 **wieder aufzunehmen**. Im März 2026 werden die EU-Kommission und die Philippinen in die fünfte Verhandlungsrunde über ein FHA eintreten. Beide Seiten sind zuversichtlich, dass das Abkommen spätestens 2027, also noch vor Beginn des Präsidentschaftswahlkampfs, abgeschlossen sein wird. Rodrigo Dutertes Tochter und derzeitige Vizepräsidentin, Sara Duterte, hat gute Chancen, die Wahl zu gewinnen. Das bedeutet, dass **jetzt die Gelegenheit besteht, strukturelle Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte zu erreichen**, denn dieses Zeitfenster könnte sich im nächsten Jahr schließen.

BERGBAU BEDROHT DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER

Die philippinische Vereinigung Trade Justice Pilipinas (TJP) **warnt seit Jahren vor möglichen Menschenrechtsrisiken eines EU-FHA mit den Philippinen**, insbesondere im Hinblick auf kritische Mineralien und Rohstoffe. Das Abkommen könnte **Konflikte und Menschenrechtsverletzungen im Bergbau verschärfen**, da billigere europäische Rohstoffimporte und ein Verbot philippinischer Exportbeschränkungen EU-Investitionen in den Ausbau des Bergbaus in den Philippinen fördern könnten.

Mit den viertgrößten Kupfer- und Kobaltvorkommen und den **fünftgrößten Nickelvorkommen** weltweit **gelten die Philippinen als strategisch wichtiger Partner für die EU zur Unterstützung ihrer „grünen Wende“** und der Diversifizierung ihrer Importe kritischer Rohstoffe. Rund **zwei Drittel der Mineralvorkommen** befinden sich **auf Gebieten indigener Völker**. Viele dieser Gebiete sind bereits von Konzessionen für die Exploration oder Gewinnung

von Rohstoffen betroffen. Nach Schätzungen lokaler NROs leiden **viele indigene Gemeinschaften unter den sozioökonomischen und ökologischen Folgen des Bergbaus**.

Aufgrund von Straflosigkeit und schwachen Institutionen wird **die Zustimmung der indigenen Völker zum Bergbau auf ihrem Territorium in der Regel nicht** gemäß dem Grundsatz der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ (*Free Prior and Informed Consent/FPIC*) eingeholt. Darüber hinaus gewährt das Bergbaugesetz von 1995 Bergbauunternehmen weitreichende Rechte zur kostenlosen Holzgewinnung und Wassernutzung, was zu einer übermäßigen Plünderung der natürlichen Ressourcen führt. Dies verstößt auch gegen das Recht der indigenen Völker auf Selbstbestimmung, das im Gesetz über die Rechte indigener Völker (*Indigenous Peoples Rights Act/IPRA*) von 1997 verankert ist, und gefährdet ihre Lebensgrundlage. **Vertreter:innen der indigenen Völker fordern** daher seit langem eine Überarbeitung des Bergbaugesetzes. Nicht nur Verteidiger:innen der Rechte indigener Völker und Umweltaktivist:innen sprechen sich gegen schädliche Bergbauaktivitäten aus, sondern auch lokale Regierungen, die mit lokalen Verordnungen weitere Bergbauaktivitäten verbieten.

Laut dem lokalen Netzwerk Alyansa Tigil Mina (ATM) verursachen viele **Bergbauprojekte irreversible Schäden** wie den **Verlust von Lebensgrundlagen, Ernährungsunsicherheit, Verlust der biologischen Vielfalt, Entwaldung, Verschmutzung von Wassereinzugsgebieten, Vertreibung von Gemeinschaften, Gesundheitsprobleme und Menschenrechtsverletzungen**. Der Verlust von Wäldern und Mangroven verschärft zudem die Auswirkungen extremer Wetterereignisse.

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER:INNENSCHUTZ IST ERFORDERLICH

Aktivist:innen gegen den Bergbau, insbesondere Frauen, werden häufig bedroht, kriminalisiert, schikaniert und sogar getötet. Indigene MRV sind außerdem häufig Opfer der sogenannten „**Red-tagging**“-Praxis, bei der ihnen vorgeworfen wird, die

bewaffnete kommunistische Rebellion zu unterstützen oder „terroristisch“ zu sein. Die **Kriminalisierung aufgrund von Vorwürfen der Terrorismusfinanzierung** (auf Grundlage des Anti-Terrorismus-Gesetzes von 2020 (*Anti-Terrorism Act/ATA*) und des Gesetzes zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung von 2012 (*Terrorism Financing Prevention and Suppression Act/TFPSA*)) ist zu einem **gängigen Mittel** geworden, um **MRV zum Schweigen zu bringen, insbesondere nach der jüngsten Verurteilung der Journalistin Frenchie Mae Cumpio im Januar 2026**. Seit 2024 hat das Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen (AMP) mehrere Fälle registriert, in denen MRV und NROs wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung angeklagt wurden. Das AMP zählte außerdem seit 2022 das Verschwinden von 13 MRV, von denen sieben noch immer vermisst werden.

Eine von der Europäischen Kommission im Jahr 2019 durchgeführte **Nachhaltigkeitsprüfung** (*Sustainability Impact Assessment/SIA*) hat **mögliche negative Auswirkungen des FHA auf die Menschenrechte** aufgezeigt, insbesondere für **indigene Völker, Frauen und Kinder**. Konkrete Maßnahmen, mit denen diesen negativen Auswirkungen entgegengewirkt werden könnte, sind nicht bekannt. Darüber hinaus hat sich die **sozioökonomische Lage in dem Land infolge der Coronavirus-Pandemie und geopolitischer Herausforderungen erneut erheblich verändert**. Das Interesse der EU an kritischen Rohstoffen entstand zudem erst im Jahr 2023. Die **EU-Kommission lehnte** jedoch 2025 Vorschläge zur Durchführung einer **separaten Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung** (*Human Rights Impact Assessment/HRIA*) unter Verweis auf das Kapitel der SIA zu den Menschenrechten **ab**.

Das **Nachhaltigkeitskapitel** des FHA enthält **Verpflichtungen zur Umsetzung** bereits ratifizierter **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und multilateraler Umweltabkommen**. Verpflichtungen zu **internationalen Menschenrechtsstandards im Allgemeinen**, unter Bezugnahme auf das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

zwischen der EU und den Philippinen (PKA), sind **nur in der Präambel** enthalten. Im Falle eines Verstoßes gegen die Verpflichtungen im Nachhaltigkeitskapitel sieht der aktuelle Verhandlungstext **Konsultationen** zwischen den Vertragsparteien vor. Dieser Mechanismus wird jedoch **als unwirksam angesehen**, da er **nicht zu Handelssanktionen führen** kann. Leider wurden die Verhandlungen über das Nachhaltigkeitskapitel bereits im Dezember 2025 ohne die Ergänzung eines separaten Abschnitts über Menschenrechte abgeschlossen.

Die EU hat außerdem Menschenrechte als „wesentliches Element“ des Abkommens oder als **Menschenrechtsklausel** vorgeschlagen, indem sie einen Verweis auf die entsprechenden PKA-Bestimmungen aufgenommen hat. Menschenrechtsklauseln wurden **jedoch bislang nur in „Ausnahmefällen“** wie Staatsstreichen und in wirtschaftlich unbedeutenden EU-Partnerländern **aktiviert**. Bemerkenswert ist, dass Handelspräferenzen noch nie ausgesetzt wurden. Das bedeutet, dass „routinemäßige Menschenrechtsverletzungen“ keinen Grund für die Aussetzung von Handelsprivilegien darstellen.

RECHTSREFORMEN SIND FÜR FHA-ABSCHLUSS EINES FREIHANDELSABKOMMENS UNERLÄSSLICH

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der **derzeitige Text der FHA-Verhandlungen wenig Spielraum** für die **Reaktion** auf

Menschenrechtsverletzungen und die Verhängung **wirksamer Sanktionen** bietet. Im **Vorfeld der Ratifizierung des Abkommens** sollte die **EU politische Forderungen nach spezifischen nationalen Rechtsreformen** und die **Annahme anhängiger Legislativvorschläge aushandeln**, darunter:

- Überprüfung/ Alternative zum Bergbaugesetz von 1995.
- Reform der Anti-Terror-Gesetze, i.e. das ATA und TFPSA, durch Angleichung an internationale Menschenrechtsstandards.
- Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (*Human Rights Defenders Protection Bill*) und des Gesetzes gegen „Red-tagging“ (*Anti-Red-tagging Bill*), um „Red-tagging“ unter Strafe zu stellen und Schutzverpflichtungen für den Staat festzulegen, sowie die Verabschiedung des Gesetzes zur Charta der Menschenrechtskommission (Commission on Human Rights/CHR), um die Kapazitäten der CHR zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht zu erhöhen.

Diese Rechtsreformen sollten zu zentralen Punkten für den Abschluss des Abkommens werden.

Kontakt: Astrud Lea Beringer (AMP-Projektkoordinatorin), astrud.beringer@amp.ngo | +49 221 716 12